Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 66 (1972)

Heft: 1

Artikel: Pakistan : das Juwel von Bengalen ; Hindus gegen Mohammedaner ; Bengalen und Pakistan ; Pakistans Schwäche ; Koloniale Abhängigkeit ; Die Autonomiebewegung ; Die Awami-Liga ; Yahya Khan ; Die Wahlen von 1970 ; Der tote Punkt ; Reden um Zeit

Autor: Adamson, Peter

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-142006

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Pakistan

Übersetzung eines Artikels von Peter Adamson aus «The Internationalist» vom November 1971, welcher uns vom HEKS zur Verfügung gestellt wurde. W. K.

Das Juwel von Bengalen

Bengalen war einst als das «strahlendste Juwel in der Krone des Moguls (orientalischer Herrscher)» bekannt. Als der Engländer Clive von der Britischen Ostindischen Gesellschaft zum ersten Mal nach Bengalen kam, schrieb er: «Es ist ein Land unerschöpflichen Reichtums, das aus den neuen Herren die reichste Gesellschaft auf Erden machen wird.»

Wie entstand aus diesem Land unerschöpflichen Reichtums das Land des Elends und der Armut der Flüchtlingslager, wo soviele Menschen jetzt wohnen? Der Niedergang Bengalens begann in Plassey, wo Robert Clives Sieg die Herrschaft der Britischen Ostindischen Gesellschaft über dieses Land begründete. Gemäß Stewarts «History of Bengal» war die Gegend vor der Eroberung fruchtbar gewesen — «Hindus und Mohammedaner waren gleichgestellt und die Erträge des Landes wurden wieder dort eingesetzt und verschwanden nicht in den Schatzkammern Delhis».

Zehn Jahre nach der Ankunft der Britischen Ostindischen Gesellschaft war Bengalen ruiniert. Clive selber schrieb über diese Zeit: «Ich will nur sagen, daß man in keinem andern Land je zuvor dieser Anarchie, Verwirrung, Bestechung, Korruption und diesem Wucher begegnete, wie dies in Bengalen der Fall ist. Auch wurde nirgendwo zuvor soviel Reichtum auf so ungerechte und habgierige Weise erworben.» Britische Parlamentsprotokolle zeigen, daß zwischen 1757 und 1766, die ersten zehn Jahre englischen Einflusses, über 2 Millionen Pfund Sterling durch Bengalen in Gestalt von «Geschenken» den Beamten der Britischen Ostindischen Gesellschaft entrichtet wurden. Über 3,75 Millionen Pfund Sterling mußten der Gesellschaft darüber hinaus bezahlt werden als Ausgleich für erlittene Verluste. Dies sind nur die offiziellen Zahlen.

Der Geschichtsschreiber Macaulay sagte über Bengalen: «... So wurden in kurzer Zeit in Kalkutta große Reichtümer aufgehäuft, indes aber gleichzeitig 30 Millionen Menschen an die äußersten Grenzen des Elends gedrängt wurden.»

Hindus gegen Mohammedaner

Die Vergewaltigung Bengalens durch die Britische Ostindische Gesellschaft war auch der erste Schritt der Bengalen auf der langen Straße in die Flüchtlingslager. Die reichen Mohammedaner, die in Bengalen und in ganz Indien das öffentliche Leben beeinflußt hatten, wurden jetzt durch das neue Kolonialsystem verdrängt. Als dem Handel die Flagge folgte,

und das britische Reich die Verwaltung Indiens übernahm, waren die Mohammedaner bereits eine gebrochene, verbitterte Rasse.

«Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts mißtrauten die Briten der islamischen Oberschicht als der früher regierenden Klasse, Vertreterin eines alten Indiens, deren konservative Revolte gegen westliche Einflüsse den indischen Aufrührern am Herzen lag. Hindus wurden eher akzeptiert, da sie williger die westlichen Einflüsse annahmen. Die Gewohnheit, die Hindus den Mohammedanern vorzuziehen, wurde von den britischen Beamten jener Zeit als die Grundlage britischer Politik betrachtet.» (Gunnar Myrdal: «The Asian Drama».) Sogar in vorwiegend islamischen Gegenden Indiens waren Beamte und Geschäftsleute Hindus. Es war dies die klassische Politik: Teile und regiere.

Bengalen und Pakistan

Die Idee eines unabhängigen Pakistan wurde zum ersten Mal 1933 durch Choudhury Rahmat Ali vorgebracht. Sein Vorschlag für einen neuen islamischen Staat schloß jedoch Bengalen nicht ein. Der Staat sollte «Kakistan» («Das Land der Reinen») heißen, was sowohl den politischen Ansprüchen wie dem religiösen Stolz entsprach. Die Idee wurde anfänglich durch die Moslemliga verworfen, doch später, um 1940, änderte sie ihre Ansicht, und 1947 war Pakistan geboren. Jinnah, der «Architekt Pakistans», hatte dabei bewußt an zwei Teile gedacht: Ostpakistan, bestehend aus den vorwiegend islamischen Gebieten Assams und aus zwei Dritteln Bengalens, und Westpakisans mit Sind, Baluchistan und dem Hauptteil des Punjab. Solange die Engländer die Verwaltung innehatten, kamen die sozialen Spannungen nie öffentlich zum Ausbruch. Doch alle diese während zweihundert Jahren aufgestauten und unterdrückten Spannungen entluden sich, als die Engländer abzogen und Indien geteilt wurde. Die praktischen Folgen der Teilung führten zu Ungerechtigkeiten, Massakern und Gewalttätigkeiten bei den Extremisten beider Gruppen, die nur durch Gandhis «Fasten bis zum Tod» in Kalkutta gebremst werden konnten.

Auf die Teilung sollte Indien wie ein Seestern reagieren, der gleich nach dem Entzweischneiden wieder zu wachsen beginnen und sich in zwei gesunde Teile entwickeln würde. Jedoch haben sich weder Indien noch Pakistan von dieser blutigen Operation je wieder erholt. 10 Millionen Hindu- und mohammedanische Flüchtlinge wurden entweder von Indien oder von Pakistan ausgestoßen. Sechs Monate nach der Teilung bestanden nicht weniger als 10 Prozent der Bevölkerung Pakistans aus mohammedanischen Flüchtlingen aus Indien. Vor allem das kleinere und geographisch geteilte Pakistan litt unter dem zerrissenen Band einer ineinandergreifenden Wirtschaft. Indien besaß die meisten Bodenschätze, moderne Industrien, Meerhäfen, Geld, Kapitalmärkte, technische Einrichtungen und Forschungsinstitute, die Hauptstadt, die Zentralverwal-

tung, erfahrene Administratoren und Geschäftsleute. Nicht genug damit. Die einstige Provinz Bengalen wurde durch die Abtrennung Pakistans auch geteilt. Westbengalen blieb indisch und litt unter dem Ansturm von Millionen von Hinduflüchtlingen. Kalkutta hat sich davon bis heute noch nicht erholt.

Ostbengalen wurde zu Pakistan geschlagen und verlor dadurch seine größten Häfen, den Drehpunkt seines Eisenbahn- und Transportsystems und den Industriekomplex, der seine Jute verarbeitete und gewann auch seinerseits eine Flüchtlingsbürde, die viel zu schwer lastete. Der neue Staat Pakistan, vom Westen aus zentralistisch regiert, gewährte seiner Ostprovinz nur eine zweitrangige, untergeordnete Partnerschaft.

Gesellschaftlich und wirtschaftlich erdrückt als die Briten kamen, gewaltsam zerrissen, alls sie es verließen, wurde das «strahlendste Juwel in der kaiserlichen Krone des Moguls» wenig mehr als der schwache Flügel einer lahmen Ente.

Pakistans Schwäche

Pakistan war eine unglaubwürdige Lösung. Wie britische Kritiker sagten, gebar Jinnah eine Nation, die geteilt ist durch Sprache, Kultur und 1500 km indisches Territorium, zusammengehalten nur durch den Islam. Westpakistan wird beherrscht von den hellhäutigen, großen Punjabs und Ariern, die Fleisch essen und Urdu sprechen. Ostpakistan beherbergt die kleinen, dunkelhäutigen Bengalen. Sie essen Fisch und sprechen Bengali. Die einzige sichtbare Verbindung zwischen den beiden Landesteilen ist die Pakistan International Airline Company, die Luftfahrtgesellschaft. Bereits vor der Teilung verachteten die beiden Gruppen einander. Die neue Nation war nicht auf dem Nationalismus, sondern allein auf religiösen Gefühlen gebaut. Schon mit dem Tode Jinnahs, dem ersten Regierungschef Pakistans, ein Jahr nach der Teilung, schwand jede Hoffnung auf eine dauernde Einheit.

Da die Mohammedaner vor der Teilung kaum an den Regierungsgeschäften Teil hatten, fehlte es der neuen Nation an erfahrenen Politikern, Beamten und Geschäftsleuten. Auf einem derart schwachen Fundament errichtete Jinnah eine erdrückende und selbstherrliche Regierungsbürokratie. Dies führte gezwungenermaßen zu wachsender Unrast. Die Moslemliga zerbröckelte. Das von den Punjabs beherrschte Heer nahm an politischem Gewicht zu.

Koloniale Abhängigkeit

Ostbengalen bekam die ganze Wucht dieser wirtschaftlichen und politischen Umschichtung zu spüren und im Laufe der Jahre wuchs die Unzufriedenheit im Maße, als sich die Beziehungen zwischen Ost- und Westpakistan zu Ungunsten des Ostens verschoben.

Ostpakistan mit 98 Prozent Bengalen stellte in ganz Pakistan eine

zahlenmäßige Mehrheit dar, doch wurden 70 Prozent der öffentlichen Investitionen im Westen getätigt. 68 Prozent der Entwicklungsgelder wurden im Westen angelegt, 80 Prozent aller Auslandhilfe blieb ebenfalls im Westen liegen und 70 Prozent aller öffentlichen Ausgaben flossen dem Westen zu. Ostpakistan brachte jedoch 60 Prozent aller ausländischen Devisen ein, jedoch blieben 70 Prozent der auf Grund dieser Devisen eingeführten Waren im Westen. Mindestens 300 Millionen Rupien an Steuergeldern wurden jährlich aus dem Osten gesogen zur Industrialisierung und Entwicklung des Westens. Der Einkommensunterschied zwischen den beiden Teilen wurde ständig größer. Die hohen Beamten im Finanzministerium waren alle Westpakistaner. 80 Prozent der Beamten und 90 Prozent der Armeeangehörigen wurden aus dem Westen rekrutiert, wo sich auch die Hauptstadt, das Hauptquartier der Armee, der Hauptsitz der Banken und Versicherungsgesellschaften befanden.

«Es war der Kampf gegen den Zwang und die willkürliche Regierungsherrschaft und für volle Provinzautonomie und das Stoppen der diskriminatorischen Praktiken gegen Bengalen, die die politische Basis beldeten für die Vereinigung der Parteien und Organisationen, die in Opposition standen zur Moslemliga in Ostpakistan» (Gankovsky).

Die Autonomiebewegung

Die Ausbeutung des Ostens durch den Westen stand am Anfang der Krise. Der wirtschaftliche Ertrag Ostbengalens wurde für die Entwicklung des Westens verwendet, der die Machtstrukturen beherrschte. In der politischen Autonomie sahen die Bengalen immer mehr die einzige Möglichkeit, dieser Ungerechtigkeit ein Ende zu setzen.

Kaum ein Jahr nach der Teilung erklärte die Regierung Urdu als einzige offizielle Sprache des Landes. Dies führte zu Protesten bei den Bengalen und den Anfängen der Autonomiebewegung. Der Sprachenkrieg gärte weiter, bis es im Februar 1952 in Dacca zu Studentenunruhen kam, die von der Zentralregierung blutig niedergeschlagen wurden. Hunderte von Studenten wurden erschossen. Mit jedem neuen Akt der Repression wuchs jedoch die Autonomiebewegung. 1954 schlossen sich die bengalischen Oppositionsparteien zur United Front zusammen und bestritten die Provinzwahlen mit einem 21-Punkte-Programm, das unter anderem die Autonomie für die Provinz und einen Ausgleich des wirtschaftlichen Unterschieds zwischen Ost- und Westpakistan forderte.

Mit dem Slogan «Bengalen den Bengalen» siegte die United Front in den Provinzwahlen über die Moslemliga und bildete die Regierung unter Fazlul Huq. Dieser wurde jedoch bereits am 30. Mai von der Zentralregierung als Verräter Pakistans verhaftet. Das Parlament wurde aufgelöst und ein Gouverneur eingesetzt. 695 Mitglieder der United Front wurden erschossen und über tausend verhaftet. In Ostbengalen wurde die Zensur eingeführt sowie ein Versammlungsverbot erlassen. 40 000 Po-

lizisten und Armeeangehörige wurden eingesetzt, um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Zurückblickend erscheinen die Wahlen von 1954, das Wahlprogramm und die anschließende Unterdrückung wie die Hauptprobe der Tragödie, die folgte. In den siebzehn Jahren dazwischen wuchs die bengalische Autonomiebewegung.

Die Awami-Liga

Der Kaschmirkonflikt von 1965 half nicht, die beiden Hälften Pakistans zu vereinigen. Als die Armee an der Grenze mit Indien kämpfte, wurde es den Bengalen klar, daß sie nicht nur die wirtschaftlichen Lasten zu tragen hatten, sondern daß das Gebiet Ostbengalens während der ganzen Krise unverteidigt blieb. Die Armee wurde nicht nur fast vollständig von Westpakistan kontrolliert, sondern auch dort stationiert.

Einige Monate nach dem Konflikt mit Indien stellte Scheich Mujibur Rahman, der Führer der Awami-Liga, unter dem Titel «Unser Recht zu leben», ein neues 6-Punkte-Programm auf. Darin forderte er:

1. die parlamentarische Provinzautonomie innerhalb einer pakistanischen Föderation;
2. eine für Fragen der Verteidigung und Außenpolitik zuständige Zentralregierung;
3. eine eigene Währung für Ostbengalen (oder Maßnahmen, die einen Abfluß des wirtschaftlichen Ertrages von Ost- nach Westpakistan verhindern sollten);
4. Einzug und Kontrolle der Steuern durch die Provinzregierung;
5. Kontrolle der ausländischen Devisen (Handel und Finanzhilfe) durch die Provinzregierung;
6. eine separate militärische Verteidigungsmacht für Ostbengalen.

Die Bengalen vereinigten sich hinter diesem Programm, und die Popularität des Scheichs wuchs. Er wurde jedoch von den Zentralregierung verhaftet und verbrachte drei Jahre in westpakistanischen Gefängnissen.

Yahya Khan

«Ostpakistan sollte vielleicht auf ein Wiederaufleben der demokratischen Ansprüche in Westpakistan warten. Dies könnte ihm helfen, die Hindernisse zu einer Verwirklichung seiner rechtmäßigen Forderungen wegzuräumen.» Diese Worte, die 1968 geschrieben wurden, erwiesen sich als prophetisch. In Westpakistan wurde der Ruf nach einer Rückkehr zur Demokratie immer lauter und führte 1968 gar zu einer Revolte gegen Ayub Khan. 1969 wurde eine Konferenz am runden Tisch einberufen, an der auch Mujibur Rahman teilnahm. Er war zu diesem Zweck aus der Haft entlassen worden. Unter dem Druck der demokratischen Bewegung und Ostpakistans versprach Ayub Khan die Einführung des Erwachsenenstimmrechts und die Rückkehr zur Demokratie. Dies befriedigte die Opposition im Westen, trug jedoch den Autonomieansprüchen

des Ostens nicht Rechnung. Mujibur Rahman verließ die Konferenz, und Ostbengalen war erneut isoliert. Die Militärregierung beschloß, durch eine erneute Machtdemonstration in Ostbengalen die nach Autonomie rufenden Stimmen endgültig zum Schweigen zu bringen. Am 25. März 1969 wurde deshalb Ayub Khan durch General Yahya Khan ersetzt. Dieser rief erneut den Ausnahmezustand aus, beruhigte jedoch die Demokraten in Westpakistan, indem er das Versprechen für freie Wahlen erneuerte. In einer Radioansprache gab Yahya Khan zu, daß Ostpakistan teilweise benachteiligt worden sei, und daß es Anrecht auf eine gewisse Provinzautonomie habe. Auf Ende 1970 wurden Wahlen für die Nationalversammlung angesetzt.

Die Wahlen von 1970

Yahya Khan verdeutlichte jedoch bald, daß er die bengalische Idee von Autonomie nicht teilte. Er kündigte an, daß er gegen eine von der neu gewählten Nationalversammlung erlassene Verfassung das Veto einlegen würde, wenn sie nicht eine Bundesregierung vorsehe, die über legislative, administrative und finanzielle Machtmittel verfüge, um ihre Verantwortung in internen und externen Angelegenheiten wahrnehmen und die Unabhängigkeit und Einheit des Landes wahren zu können. Die Stimmung in Bengalen vor den Wahlen war bitter. Hunderte und Tausende von Bengalen hatten in der Flutkatastrophe vom November 1970 ihr Leben verloren. Während in den überschwemmten Gebieten dringend Hilfe benötigt wurde, blieben die westpakistanischen Armeehelikopter in den Basen. Die Awami-Liga bestritt den Wahlkampf auf Grund des 6-Punkte-Programms von Scheich Mujibur Rahman. Am 7. Dezember 1970 fanden die ersten und letzten freien allgemeinen Wahlen in der pakistanischen Geschichte statt. Die Awami-Liga gewann 160 der 162 Sitze in Ostbengalen und somit die absolute Mehrheit in der pakistanischen Nationalversammlung.

Der tote Punkt

Der lange Kampf Ostbengalens schien endlich ein Ende gefunden zu haben. Yahya Khan kündigte an, daß Mujibur Rahman als Führer der größten Partei der neuen Nationalversammlung, der zukünftige Ministerpräsident sei. Die Awami-Liga setzte eine Kommission ein, die mit der Ausarbeitung der neuen Verfassung beauftragt wurde. Im Westen machte sich jedoch Opposition bemerkbar. Bhutto, der Führer der Pakistan People's Party, die in Westpakistan die Mehrheit besaß, erklärte, daß er eine auf Grund des 6-PunkteProgramms der Awami-Liga ausgearbeitete Verfassung nicht anerkennen würde. Er bestand darauf, daß die ostbengalische Autonomie keine Kontrolle über Steuern, Handel und ausländische Hilfe einschließen dürfe. Er drohte, der Versammlung zu boykottieren, falls der Scheich diese Punkte nicht diskutieren würde.

Für die Awami-Liga war jedoch das 6-Punkte-Programm nicht mehr diskutabel, da ihr das Volk auf Grund dieses Dokumentes das Regierungsmandat übertragen hatte. Yahya Khan verschob die Einberufung der Nationalversammlung auf unbestimmte Zeit. Die Freude der Ostbengalen kehrte sich in Revolte. Mujibur Rahman rief eine Kampagne des zivilen Ungehorsams gegen die Zentralregierung aus. Yahya Khan vergalt dies mit Polizei- und Armeemaßnahmen, die zweitausend Bengalen das Leben kosteten. Doch dies genügte nicht mehr, die Hoffnungen Ostbengalens zu vernichten. Die Politik des zivilen Ungehorsams war erfolgreich. Die Bürgerkomitees des Scheichs waren als einzige in der Lage, den Verwaltungsapparat in Betrieb zu halten. Diese Willenskundgebung des Volkes veranlaßte Yahya Khan ein neues Datum für die Einberufung der Nationalversammlung bekanntzugeben, nämlich den 25. März 1971. Er stellte jedoch fest, daß für ihn das 6-Punkte-Programm der Awami-Liga ebenso unannehmbar sei wie für Bhutto. Mujibur Rahman stellte vier Bedingungen für eine Teilnahme an der Versammlung:

1. der Ausnahmezustand in Ostbengalen sei aufzuheben;
2. die Truppen sollten auf ihre Stützpunkte zurückkehren;
3. eine Untersuchung über den Tod ostbengalischer Demonstranten sei durchzuführen;
4. der Nationalversammlung seien keine Einschränkungen aufzuerlegen, die sie daran hindern, dem Volkswillen zum Durchbruch zu verhelfen.

Reden um Zeit

Am 16. März flog Yahya Khan nach Dacca, um mit Mujibur Rahman direkt zu verhandeln. Bhutto folgte. Der Besuch war eine Anerkennung der Autorität des Scheichs, und die Hoffnungen in Ostbengalen wuchsen. Während Yahya Khan noch um Zeit redete, flogen bereits westpakistanische Truppen in den Osten. Am 25. März weigerten sich die Docker in Chittagong, auf Befehl des Scheichs, die Waffen auszuladen und bildeten eine menschliche Barriere, um westpakistanische Soldaten am Betreten des Quais zu verhindern. Die Truppen bahnten sich einen Weg mit Maschinengewehren. Yahya Khan flog am 26. März nach Karachi zurück und überließ es der Armee, die Verhandlungen zu beenden. Als das Massaker begann, erklärte der Scheich die Unabhängigkeit der Republik Bangla Desh. Yahya Khan klagte darauf in Karachi den Scheich des Hochverrats an und verbot jegliche politische Tätigkeit in Ostbengalen. Die Awami-Liga wurde als illegal erklärt und ausländische Korrespondenten des Landes verwiesen. Er befahl der Armee, die Autorität der Zentralregierung in Ostpakistan wieder herzustellen. Was folgt, ist bekannt. Zwischen 25 000 und einer Million Menschen wurden ermordet und Millionen gezwungen, nach Indien zu fliehen.

«Der Kampf des bengalischen Volkes um das Recht, zu leben, ist

noch nicht zu Ende. Die Geschichte beweist, daß entschlossene Völker sich erfolgreich der Unterdrückung widersetzen und sie überwinden können» (Scheich Mujibur Rahman).

Atomkraftwerke — Was alles verschwiegen wird!

Mit jedem neu erstellten Wasserkraft-Elektrizitätswerk nehmen in unserem Lande die Möglichkeiten zu weiteren Laufkraftwerken ab, so daß es höchste Zeit ist, eine Übersichtsliste derselben aufzustellen, um einen Überblick über die noch bestehenden Möglichkeiten zu erhalten. Leider erfährt man durch die Tagespresse nichts Genaues.

Wenn die Elektrizitätswerke beschlossen haben, in der Schweiz keine weiteren Wasserkraftwerke mehr zu bauen, ja sogar der Baubeginn eines solchen am Rhein eingestellt wurde, ist es immerhin notwendig, alle noch vorhandenen Möglichkeiten auszuschöpfen.

1. Nun wird statt dessen in immer neuen Anläufen die Werbetrommel gerührt zur Errichtung von Atomkraftwerken und sogar ausländische Kapitalien setzen sich ein für den Bau von Atomkraftwerken in der Schweiz. Alle übersehen, daß im Ausland noch große Möglichkeiten für Wasserkraftwerke vorhanden sind, so z. B. in den Österreichischen Alpen, vor allem aber in Grönland, wo die Abschmelzwasser des Inlandeises riesige Energiemengen liefern könnten (Projekt Dr. Stauber). Immer wieder wird der Eindruck erweckt, als ob einzig Atomkraftwerke im Stande seien, den Energiebedarf zu decken.

2. Wie bekannt, benötigt man zum Betrieb der Atomkraftwerke das chemische Element Uran. Man findet es überall auf der Erde, jedoch selten in größeren Mengen. In der Schweiz fand man es z. B. in dem aufgelassenen Kupferbergwerk auf der Mürtschenalp; in großen Mengen als Uranpecherz bei Karlsbad in der Tschechoslowakei. Wer dorthin zur Zwangsarbeit verurteilt wird, weiß, daß dies wegen der dortigen Radioaktivität sein Todesurteil bedeutet. So beginnt schon die Gewinnung des Urans mit einer ununterbrochenen Kette der sich steigernden und vermehrenden Folgen der radioaktiven Strahlung. — Madame Curie starb an Leukämie (Blutkrebs), die sie sich zugezogen hatte beim Arbeiten mit Uranpecherz, in welchem sie das Radium entdeckte!

3. Zur Energieerzeugung in Atomkraftwerken verwendet man Uranstäbe, die meist aus 97 Prozent Uran 238 und 3 Prozent Uran 235, vorwiegend in Form ihrer Oxyde, bestehen. Diese sind eingeschlossen in stabförmigen Metallhülsen, welche alle, aus dem Uran 235 entstehenden radioaktiven Spaltprodukte, sog. Isotopen der Elemente zurückhalten soll-